

DR. NINA SCHEER

SPD

BUNDESTAGSABGEORDNETE
HERZOGTUM LAUENBURG | STORMARN-SÜD

Chancen ergreifen –
Zukunft gestalten



NEWSLETTER

3/2015

Liebe Bürgerinnen und Bürger,
liebe Genossinnen und Genossen,

die „Sommerpause“ begann zunächst mit meiner zweiten Wahlkreis-Sommertour unter dem Titel „Arbeit und Soziales“. Dabei habe ich gemeinsam mit den Akteurinnen und Akteuren vor Ort Bundesthemen erörtert und bewegt, wie etwa Mindestlohn, Pflege, die Integration von Flüchtlingen und vieles mehr. Für mich hat sich erneut gezeigt, wie wichtig die enge Verknüpfung von Wahlkreis- und Bundesthemen ist. Viele dringende politische Handlungsbedarfe habe ich mit nach Berlin genommen.

Zu zwei Griechenland-Sondersitzungen kam der Bundestag in der Sommerpause zusammen, stimmte im August weiteren Finanzhilfen zu. Hierzu möchte ich bereits an dieser Stelle auf meine sog. persönlichen Erklärungen verweisen, deren Inhalte ich auch in den vorangegangenen intensiven fraktionsinternen Diskussionen eingebracht hatte.

Zunehmend bestimmen die Herausforderungen um wachsende Flüchtlingszahlen die Politik – auf allen Ebenen. Auch einige in diesem Zusammenhang vorzunehmende Gesetzesänderungen nenne ich auf den folgenden Seiten.

Nach einer Terminvorausschau schließt der Newsletter mit einer Fotocollage zu ausgewählten Veranstaltungen von Juli bis Ende September 2015.

Herzliche Grüße

Ihre und eure

Dr. Nina Scheer
SPD-Bundestagsabgeordnete

Inhalt

• Themenauswahl – Juli bis September 2015	2
• Aktivitäten	11
• Termine	11
• Bilderschau	12

Themenauswahl – Juli bis September 2015

Wahlkreis-Sommertour

Meine diesjährige Sommertour vom 21. – 24. Juli stand unter dem Titel „Arbeit und Soziales“. An sieben Terminen besuchte ich Unternehmen und Einrichtungen, führte Gespräche und initiierte Fachveranstaltungen, so ein politisches Frühstück in Büchen und eine Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung in Geesthacht mit dem Titel „Gute Arbeit: Für gesellschaftliche Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben“ (vgl. im Einzelnen unten).

Meine Sommertour im Überblick

Zum Auftakt besuchte ich gemeinsam mit Konrad Freiberg, zu der Zeit noch SPD-Vorsitzender und Bürgervorsteher in Schwarzenbek, und Kirsten Niemann, SPD-Kreistagsabgeordnete, seit Kurzem neue Bürgervorsteherin, die **Fette Compacting GmbH** in Schwarzenbek und die betriebsnahe **Kita „Knöpfchen“**.

Fette Compacting ist mit ca. 1000 Beschäftigten vor Ort der größte Arbeitgeber des Kreises Herzogtum Lauenburg sowie Technologie- und Weltmarktführer von Hochleistungsmaschinen für die industrielle Tablettenherstellung.

Im Fokus eines Gesprächs im **Jobcenter Herzogtum Lauenburg** in Mölln mit Dr. Heike Grote-Seifert, Vorsitzende der Geschäftsführung der Bundesagentur für Arbeit Bad Oldesloe, Ulrich Elsweier, Geschäftsführer der Jobcenter Herzogtum Lauenburg, Silke Meyer-Hamann, Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt und Wolf Wellmann vom Jobcenter Geesthacht, wurden u.a. Rahmenbedingungen für die Integration von Flüchtlingen besprochen, zu denen insbesondere Sprachlernmöglichkeiten zählen – bei Erwachsenen am besten über einen frühen Zugang zum Arbeitsmarkt.

Bei meinem Besuch im **Haus Seeblick** in Mölln, einer Pflegeeinrichtung für Menschen im Alter von 18 bis 55 Jahren mit neuropsychologischen Erkrankungen, wurde insbesondere über Pflegekräfte gesprochen. Eine bessere Vergütung, anzulegen in den Pflegesätzen, eine Vereinfachung in den Kostenträger-Strukturen

und auch bessere Qualifizierungs- und Ausbildungseinstiege für ältere Menschen wurden als Möglichkeiten benannt, die Attraktivität des Pflegeberufs zu stärken.

Der gemeinsame Tag mit meiner Fraktionskollegin Anette Kramme, Parlamentarische Staatssekretärin bei der Ministerin für Arbeit und Soziales, begann mit einem **Politischen Frühstück in Büchen** zum Thema Arbeit und Ausbildung, das ich gemeinsam mit dem SPD-Ortsverein Büchen ausrichtete. Auch hier kam die Eingliederung von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt zur Sprache.

Anschließend begleitete mich Anette Kramme zum Stadtspiel „Stormini“. Auch sie war beeindruckt von dem Modell, Kindern und Jugendlichen auf spielerische Weise den Aufbau unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens nahezubringen. In diesem Zusammenhang, selbst wenn nicht Bestandteil der Sommertour: auch das Stadtspiel Tillhausen in Mölln besuchte ich während des Sommers und hospitierte dort in der „Tillhausen-Redaktion“.

In der abendlichen **Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung** waren neben Anette Kramme auch Uwe Polkaehn, Vorsitzender des DGB-Nord und MdL Olaf Schulze, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion meine Gäste im Krügerschen Haus in Geesthacht. Unter dem Thema „Gute Arbeit: Für gesellschaftliche Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben“ ging es u.a. um notwendige arbeitsmarktpolitische Rahmenbedingungen und mögliche Entwicklungen der Zukunft, etwa über die so genannte Industrie 4.0. Wir waren uns einig, dass der Mindestlohn als gesetzliche Lohnuntergrenze eine wichtige Errungenschaft ist, um zu mehr Anerkennung von Arbeitsleistung, insbesondere über mehr Tarifbindung, zu gelangen. Dies bestätigten bereits die ersten Monate seit dessen Einführung zum 01. Januar 2015.

Am letzten Tag meiner Sommertour stand der Besuch bei der **Schule für Gesundheits- und Krankenpflege** am Krankenhaus Reinbek St. Adolf-Stift, gemeinsam mit MdL Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion auf dem Programm. Nach der Diskussion mit den Auszubildenden erörterten wir mit Schulleiterin Christa Knigge, Mitarbeitervertreter Andreas Hein und Oliver Pommerenke, dem stellvertretenden Geschäftsführer des Krankenhauses, die schwierigen Rahmenbedingungen für Patientenversorgung und Ausbildung. Es bedarf besserer Anreize für sowohl Schulabsolventen als auch ältere Arbeit-suchende, um den Einstieg in die Pflegeausbildung als auch den Pflegeberuf zu erleichtern und attraktiver zu gestalten. Hierzu zählt auch bessere Bezahlung.

In Ergänzung zu den Gesprächsergebnissen von Haus Seeblick wünschten sich die Praktiker in Reinbek etwa ein Gesetz zur Personalbemessung, weitere Fortschritte auf dem Weg zu fairen Basisfallwerten, bundeseinheitliche Standards in der Pflege, eine Reflexion der Theorieeinheiten in der Praxis und ausreichende Ressourcen. Einige politische Handlungsbedarfe werden mit dem derzeit im Gesetzgebungsverfahren befindlichen Pflegestärkungsgesetz II aufgegriffen.

Griechenland

Zu zwei Sondersitzungen kam der Bundestag in der Sommerpause zusammen, um sowohl über die Gewährung weiterer Finanzhilfen als auch ein Memorandum of Understanding, eine Vereinbarung zwischen der Hellenischen Republik und dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), abzustimmen.

Ich habe bei beiden Abstimmungen mit Ja gestimmt, allerdings unter inhaltlichen Vorbehalten. Eine Ablehnung hätte für Griechenland eine humanitäre Katastrophe, nicht zuletzt die medizinische Versorgung betreffend, zur Folge gehabt. Ein „Grexit“ hätte die Lage Griechenlands akut verschlimmert, eine weitere Destabilisierung wäre eingetreten. Das galt es zu verhindern.

Meine Vorbehalte wenden sich etwa gegen die Verpflichtung, die Mehrwertsteuer auf 23 % zu erhöhen und gegen Privatisierungsverpflichtungen. Dadurch werden Griechenland Einnahmequellen genommen, auf die das Land dringend angewiesen ist.

Meine Einwände können auch den persönlichen Erklärungen, wie sie bei Abstimmungen nach § 31 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages zu Protokoll gehen, entnommen werden.

Erklärung vom 17. Juli 2015:

<http://www.nina-scheer.de/images/PDF/2015-07-17-Erklrung%2031%20GO%20-%20Griechenland-Nina.pdf>

Erklärung vom 19. August 2015:

<http://www.nina-scheer.de/images/PDF/2015-08-19-Erklrung%2031%20GO%20-%20Griechenland-Nina%20Scheer.pdf>

Digitaler Wandel

Auf der Klausurtagung der SPD Bundestagsfraktion nach der Sommerpause am 3./4. September in Mainz haben wir ausführlich über den digitalen Wandel debattiert und einen Beschluss mit dem Titel „Gesellschaftliche Teilhabe in der digitalen Gesellschaft stärken“ gefasst.

Bei allen Chancen, die der digitale Wandel in sich birgt, waren wir uns einig, dass die aggressiven, hasserfüllten und fremdenfeindlichen Angriffe im Netz auf Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte unterbunden werden müssen. Hierfür setzt sich auch Bundesjustizminister Heiko Maas ein, u.a. mit der Überprüfung der gegenwärtigen Standards zur Löschung von rassistischen und fremdenfeindlichen Aussagen.

Um die Chancen des digitalen Wandels allen Bevölkerungsschichten zu öffnen, wurde zudem ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur digitalen Bildung in Schule, Hochschule, Aus- und Weiterbildung verabschiedet. Mit dem Beschluss, schnelles Internet für alle bereitzuhalten, wird derzeit angestrebt, bis 2018 eine flächen-deckende Versorgung mit mindestens 50 Mbits/s zur Verfügung zu stellen, mitfinanziert über die Versteigerung von Frequenzen. Dieser – im Koalitionsvertrag

verankerten – Maßnahme stehe ich allerdings kritisch gegenüber. Für sinnvoller hielte ich es, den belastbareren und weitreichenderen Breitbandausbau zu forcieren, statt auf Mobilfunk-Ebene Zwischenlösungen zu finanzieren. Es gilt zudem zu vermeiden, dass mit den bevorstehenden Frequenznutzungen in der Breite technologische Umrüstungen von Fernsehern erforderlich werden, denen für die Bürgerinnen und Bürgern kein Mehrwert gegenübersteht.

Schnelles Internet für alle ist auch Grundlage für die Arbeit der Zukunft, die zunehmend orts- und zeitunabhängig gestaltet werden kann und auch Chancen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf eröffnet. Insofern ist eine gute digitale Infrastruktur auch eine Zugangsvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe.

Gesundheit und Pflege

Im Bereich Gesundheitsversorgung verabschiedete der Bundestag am 11. Juni das GKV-Versorgungsstärkungsgesetz. Zwei andere wichtige Vorhaben des Koalitionsvertrages wurden auf den Weg gebracht: das **Krankenhausstrukturgesetz** befindet sich ebenso wie das **Pflegestärkungsgesetz II** im laufenden Gesetzgebungsverfahren. Die neue Definition von Pflegebedürftigkeit soll dazu beitragen, dass nicht mehr zwischen körperlichen Einschränkungen einerseits und kognitiven und psychischen Einschränkungen andererseits unterschieden wird.

Ziel aus Perspektive der SPD-Bundestagsfraktion bleibt es, die Situation des Pflegepersonals durch Einführung eines bundeseinheitlichen und verbindlichen Personalschlüssels in stationären Pflegeheimen zu verbessern und eine gerechtere und adäquate Bezahlung der Pflegekräfte durchsetzen.

Das **GKV-Versorgungsstärkungsgesetz** zielt mit einem Bündel von Maßnahmen und verschiedenen Planungs- und Verantwortungsebenen darauf ab, dass auch im ländlichen Raum hinreichend Ärztinnen und Ärzte für eine bedarfsgerechte medizinische Versorgung zur Verfügung stehen. Zu den Maßnahmen zählen etwa Anreize für Ärzte wie Niederlassungszuschüsse oder die Gründung von Praxen der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) mit angestellten Ärztinnen und Ärzten. Auch die Vorgaben der Bedarfsplanung wurden modifiziert: Demnach erhalten die Kassenärztlichen Vereinigungen auf Länderebene (in Abstimmung mit den Landesverbänden der Krankenkassen) mehr Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten bei der Aufstellung der Bedarfspläne. Die Bedarfsplanung soll künftig kleinräumiger und bedarfsgerechter sein, die wohnortnahe Versorgung sichergestellt werden: der gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) erhielt den Auftrag, bis 1. Januar 2017 eine solche Planung vorzulegen.

Die weiteren Maßnahmen bzw. eine gute Zusammenfassung des Versorgungsstärkungsgesetzes sind auf der Homepage des Bundesgesundheitsministeriums zu finden:

<http://www.bmg.bund.de/themen/krankenversicherung/gkv-versorgungsstaerkungsgesetz/gkv-vsg.html>

Flüchtlingspolitik - Humanität als Richtschnur

Die weltweit wachsende Anzahl von Krieg und Vertreibung, Hunger und Not flüchtender Menschen stellt zunehmend auch Europa, Deutschland und damit auch Schleswig-Holstein vor große Herausforderungen. Schleswig-Holstein blickt auf eine Geschichte, aus der heraus die Anforderung, hilfsbedürftige Menschen aufzunehmen, nicht neu ist: bereits nach dem Zweiten Weltkrieg wuchs die hiesige Bevölkerung durch die Aufnahme von Flüchtlingen von zunächst 1,6 auf 2,7 Millionen Menschen. In einer Zeit, in der der Wiederaufbau für sich genommen Kraftanstrengung genug war, gelang die Aufnahme von über einer Million Menschen allein in Schleswig-Holstein. Hätten die Menschen nach Kriegsende wohl behauptet, dies sei zu bewältigen? Unsere Geschichte zeigt uns, dass größere Herausforderungen bewältigt werden können, als wir uns vorzustellen vermögen.

Unsere Geschichte offenbart aber zugleich Unterschiede: Bestanden damals kaum sprachlich-kulturelle Hürden, wird unsere Gesellschaft heute vor Integrationsaufgaben gestellt, die für Schulen, weiterbildende Einrichtungen als auch den Arbeitsmarkt andere und neue Herausforderungen in sich tragen. Die schnellstmögliche sprachliche Integration wird vorhandene Hürden – auch kultureller Art – am besten zu überwinden helfen. Für die Kinder ist dies in Schulen zu leisten, für Erwachsene über schnelle Zugänge zum Arbeitsmarkt.

Die allergrößte gesellschaftliche Herausforderung besteht meines Erachtens aber darin, die dringendsten Aufgaben und Lösungswege zu erkennen und von nicht zielführenden Ansätzen zu unterscheiden. Das Mantra: „Das Boot ist voll“ ist weder Erkenntnis noch Antwort, sondern führt in eine „braune Sackgasse“.

Fluchtursachen bekämpfen

Die Bekämpfung von Fluchtursachen, die häufig in Kriegs- bzw. Bürgerkriegszuständen liegen, stellt hierbei die zentrale Herausforderung dar. Sowohl der vergangene Irakkrieg als auch militärische Einsätze in Libyen zum Sturz des damaligen Machthabers Muammar al-Gaddafi förderten offensichtlich die für die heutigen Fluchtursachen maßgeblichen Bürgerkriegszustände, Rechtsstaatslosigkeit und damit einhergehend auch Terrorismus. Zu der Bekämpfung von Fluchtursachen in Bezug auf Syrien muss insofern akut eine weitere Destabilisierung des Staates vermieden werden. Dies bedeutet keineswegs, die Völkerrechtsverletzungen von Assad zu missachten. Es muss aber erkannt werden, dass in der jetzigen Situation jede Schwächung letzter staatlicher Strukturen in Syrien dem IS-Terrorregime weiter Tür und Tor öffnet. Für noch mehr Menschen als bisher bliebe nur die Flucht. Im Mittelpunkt müssen der Austausch und eine Verständigung mit Präsident Putin und den Vereinten Nationen stehen.

Die Völkergemeinschaft ist zudem aufgerufen, auf mehr Teilhabe und Gerechtigkeit, auch im Rahmen der weltweiten Handelsbeziehungen, hinzuwirken und diese nach den Zielen Nachhaltiger Entwicklung auszugestalten. Selbst wenn Deutschland weltweit betrachtet zu den Ländern der meist ausgeprägten Willkommenskultur zählt, muss auch hier erkannt werden, dass die von den industrialisierten Staaten

ausgehende Weltwirtschaft, auch den Umgang mit Rüstungsgütern oder Ressourcenabbau betreffend, vielerorts Krisen und Verarmung verschärfen, wenn nicht gar verursachen. Es bedarf einer Neuausrichtung der – auch – europäischen Handelspolitik. Zudem ist es ein Armutszeugnis, dass Deutschland trotz der bekannten Zusammenhänge zwischen Armut und Krisenherden nur etwas über 50 % der Mittel für Entwicklungshilfe bereitstellt, zu denen wir uns international verpflichtet haben.

Legale Einwanderungswege versus Schlepperbanden

Auch für die bereits auf dem Weg befindlichen Flüchtlinge brauchen wir Lösungen. Dringend bedarf es einer Verständigung der Europäischen Union auf legale Einwanderungswege und die humanitäre Versorgung von Flüchtlingen an den europäischen Außengrenzen. Schlepperbanden und Menschenhandel müssen bekämpft werden. Im Lichte unserer grundsätzlichen Hilfspflicht gegenüber fliehenden Menschen muss dies aber mit der Schaffung legaler Fluchtwege gleichziehen. Andernfalls wird an anderen Orten als unseren Grenzen unser Asylrecht ausgehöhlt.

Vgl. meine persönliche Erklärung zur namentlichen Abstimmung über die EU-Operation EUNAVFOR MED vom 2. Oktober 2015:

<http://www.nina-scheer.de/zur-sache/pm/407-scheer-zur-abstimmung-ueber-den-einsatz-der-bundeswehr-im-mittelmeer-eunavfor-med.html>

Kommunen weiter entlasten

Vor Ort ist es dringend erforderlich, die Kommunen weiter – umfänglich – zu entlasten. Andernfalls kommt es unvermeidbar zu Verteilungsfragen, die den Zusammenhalt der Gesellschaft gefährden. Es kann nicht sein, dass im Bund Überschüsse erzielt werden, die Zinssätze niedrig sind und in den Kommunen darüber nachgedacht werden muss, ob für einen Arbeitsplatz zur Bewältigung der Flüchtlingsunterbringung andernorts eine nach wie vor benötigte Stelle eingespart wird.

Erstaufnahmekapazitäten deutlich ausweiten

Mit der letzten Einigung auf Bundesebene wurde bereits die Verweildauer in den Erstaufnahmeeinrichtungen deutlich verlängert. Weiter gedacht, sollte eine Zuweisung von Flüchtlingen an Kommunen aber erst nach Abschluss eines Asylverfahrens erfolgen. Das Konzept der dezentralen Unterbringung vor Ort kann nur sinnvoll greifen, wenn es sich an Menschen richtet, über deren Bleibeperspektive bereits entschieden wurde.

Flüchtlingspolitik fordert von uns auf vielen Ebenen und in den verschiedensten Politikfeldern schnelle, zielführende Antworten. Wichtig ist hierbei, die Humanität als Richtschnur zu behalten.

Anfang Oktober besuchte ich gemeinsam mit dem örtlichen SPD-Landtagsabgeordneten Martin Habersaat und MdL Olaf Schulze sowie der örtlichen SPD die neue Erstaufnahmeeinrichtung in Wentorf. Das naturverbundene Areal der ehemaligen Sprachlernschule erweist sich insbesondere für die vielen hier unterkommenden,

häufig traumatisierten Familien als ein sehr geeigneter Raum.

Wohnraum und Flüchtlingsunterkünfte

Beim Bund-Länder-Gipfeltreffen zu Asyl- und Flüchtlingsfragen fielen auch wichtige Entscheidungen die Bereiche Bauen und Wohnen betreffend.

Bundesbauministerin Barbara Hendricks (SPD) hat sich dafür eingesetzt, die Bundesmittel für die soziale Wohnraumförderung deutlich zu erhöhen, damit mehr bezahlbarer Wohnraum nicht nur für Flüchtlinge, sondern für alle geschaffen wird: Von 2016 bis 2019 stehen den Ländern insgesamt 2 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung. Die Länder haben sich im Gegenzug dazu verpflichtet, diese Mittel zweckgebunden einzusetzen.

Diese Mittel werden allerdings nicht ausreichen. Deshalb hat Barbara Hendricks darüber hinaus erwirkt, dass zusätzliche steuerliche Anreizinstrumente für den (sozialen) Wohnungsneubau geschaffen werden.

Für die Kommunen von Bedeutung sein dürfte auch die Lockerung des Baurechts für Flüchtlingsunterkünfte. Bund und Länder haben sich darauf geeinigt, weitgehende Änderungen im Bauplanungsrecht gemeinsam mit dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz umzusetzen. Der Bund reagiert damit auf einen akuten Bedarf und räumt den Ländern und Kommunen sehr weitgehende Gestaltungsmöglichkeiten ein. Die städtebaulichen Ziele und Grundsätze des Baugesetzbuches sollen aber richtigerweise fortgelten, weshalb sämtliche Änderungen bis Ende 2019 befristet sind.

Eine Erleichterung für Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlinge und Asylbewerber gibt es auch bezüglich der Energieeinsparverordnung. Diese Erleichterungen gelten punktuell und sind bis 2018 befristet. Die Klimaziele der Bundesregierung im Gebäudebereich bleiben hiervon unberührt.

Energiepolitik

Im Rahmen einer Novelle des Energieverbrauchskennzeichnungsgesetzes, die derzeit im parlamentarischen Verfahren ist, wird es zukünftig – begleitet von einer Broschüre – von Schornsteinfegern anzubringende Label für bestehende Heizungsanlagen geben, denen über eine Skala, wie auch schon von Elektrogeräten bekannt, die Energieverbräuche zu entnehmen sind. Für das Gesetz bin ich federführende Berichterstatterin für meine Fraktion.

Fracking

Wie in meinem letzten Newsletter berichtet, konnte vor der Sommerpause in der Großen Koalition keine Einigung über neue Rahmenbedingungen für Fracking, insbesondere für ein Fracking-Verbot in Schiefergestein erzielt werden. Derzeit ist offen, ob es noch zu einer Einigung kommen wird. Wenn nicht, bliebe Fracking nach den bisherigen gesetzlichen Rahmenbedingungen grundsätzlich erlaubt.

Nach dem Rückzug von PRD Energy – ein kanadisches Explorationsunternehmen – aus Deutschland und der Rückgabe der Aufsuchungserlaubnisse für alle Felder in Schleswig-Holstein durch zwei Unternehmen könnte man meinen, dass sich das Thema Fracking in Schleswig-Holstein nahezu erledigt hat. Schließlich gibt es aktuell nur noch drei Aufsuchungsfelder für Kohlenwasserstoffe in Schleswig-Holstein. Doch nicht nur in Schleswig-Holstein sind Explorationsunternehmen tätig, sondern auch in angrenzenden Bundesländern wie Niedersachsen und Hamburg. So gibt es zwei größere Aufsuchungsfelder für Kohlenwasserstoffe im nördlichen Teil Niedersachsens, die bis an die Landesgrenze zu Schleswig-Holstein reichen. Zudem kann nicht ausgeschlossen werden, dass im Rahmen eines Genehmigungsantrags für einen Betriebsplan auch Fracking-Maßnahmen beim entsprechenden Explorationsprojekt mit aufgenommen werden. Auch deshalb bleibt es wichtig, eine bundesweite Regelung für den vorrangigen Schutz von Gesundheits- und Trinkwasser und den Ausschluss bzw. ein Verbot von Fracking zu finden.

Bei Fracking wird über ein Aufsprengen unterirdischer Gesteinsschichten mit einem Gemisch aus Chemikalien, (viel) Wasser und Sand Gas und Öl gefördert. Fracking in Sandgesteinsschichten (sog. Tightgas-Fracking, teilweise auch als "konventionelles Fracking" bezeichnet) wird in Deutschland seit mehreren Jahrzehnten praktiziert. Hier hat es erhebliche Umwelteinbußen gegeben, etwa im Umgang mit Lagerstättenwasser. Fracking in Schiefergesteinsschichten (teilweise als "unkonventionelles Fracking" bezeichnet) wurde in Deutschland bislang nicht angewendet. Es gab bislang nur eine Probebohrung (mit drei Frac-Vorgängen) in Niedersachsen, bei der keine Ressource gefördert wurde. Anders als in den sonstigen Gesteinsschichten, kann in Schiefergestein nach den heutigen Möglichkeiten ausschließlich mit Hilfe der Fracking-Technologie Öl und Gas gefördert werden. Die Öl- und Gasvorkommen in Schiefergesteinsschichten werden in Deutschland auf das Fünf- bis Sechsfache gegenüber den Vorkommen in anderen Gesteinsschichten geschätzt.

Insbesondere der Fracking-Boom in den USA, der mit der Ausdehnung der Fracking-Technologie auf eben diese Schiefergesteinsschichten begann, ließ in Deutschland eine intensive Diskussion um Fracking und die verbreitete Forderung nach einem (generellen) Fracking-Verbot entstehen. Mit dem Koalitionsvertrag wird dieser Zielvorgabe dahingehend entsprochen, Fracking in Schiefergestein zu verbieten. Darüber hinaus sollen die Umweltschutzvorgaben auch für andere Fracking-Fördervorhaben, u.a. Fracking in Sandgestein, wie es bereits seit Jahrzehnten insbesondere in Niedersachsen praktiziert wird, verschärft werden. In Bezugnahme auf den Koalitionsvertrag wird allerdings auch deutlich, dass für ein Kompletterbot der Fracking-Technologie derzeit die Mehrheiten fehlen, obwohl ein solches Kompletterbot mit Blick auf die Energiewendeziele und auch aus Gründen des Umwelt- und Gesundheitsschutzes geboten wäre. In diesem Sinne setze ich mich für ein Kompletterbot von Fracking ein.

Auch umwelt- und wasserschutzrechtliche Verschärfungen können allerdings dazu führen, dass das besagte „konventionelle Fracking“ faktisch ausgeschlossen wird, etwa wenn es unter den neuen Bedingungen zu aufwändig wird.

Zum Stand des Gesetzesverfahrens

Am 1. April 2015 hat das Bundeskabinett den Entwurf für das sogenannte „Fracking-Paket“ beschlossen, das sich nun in den parlamentarischen Beratungen von Bundesrat und Bundestag befindet. Das Paket sieht Änderungen im Wasserhaushaltsgesetz (WHG), Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), Bundesberggesetz (BBergG), in der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-V Bergbau) und der Allgemeinen Bundesbergverordnung (ABergV) vor. Wie bereits erwähnt, war zunächst vorgesehen, im Bundestag noch vor der Sommerpause über das Gesetzespaket zu entscheiden. Da bis zuletzt zu große Uneinigkeiten zwischen den Fraktionen CDU/CSU und SPD blieben, wurden die Beratungen vertagt und werden in diesen Wochen fortgesetzt.

Die SPD-Bundestagsfraktion lehnt die von Seiten der CDU/CSU bereits vor dem Kabinettsbeschluss eingebrachte Einrichtung einer Expertenkommission ab. Gemäß des bisherigen Entwurfs wäre mit dem Expertenkommissions-Modell eine Erlaubnisgrundlage für kommerzielles „unkonventionelles Fracking“ ab 2018 gegeben, insofern die Expertenkommission im Zuge von Probebohrungen (zu wissenschaftlichen Zwecken) Fracking als unbedenklich bewertet. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert hingegen einen Parlamentsvorbehalt: Eine Aufhebung des Verbots für Schiefergesteins-Fracking wäre dann nur durch eine neue parlamentarische Entscheidung möglich – für die es natürlich entsprechender Mehrheiten bedürfte. Für die SPD habe ich zudem bereits früh eingefordert, dass es auf Landesebene möglich sein muss, im Rahmen der Raumordnung Frackingmaßnahmen gänzlich auszuschließen. Hierfür bedürfte es einer bundesgesetzlichen Länderklausel. Zu meinen Forderungen gehörte ebenfalls, dass das Fracking-Verbot in Schiefergestein sich auch auf Erdöl beziehen muss. Darauf hatten sich die Koalitions-Fraktionen bereits vor der Sommerpause geeinigt. Sollte in diesen Wochen keine Einigung erzielt werden, gelten die Verhandlungen als gescheitert und es bliebe bei der heutigen Rechtslage – Fracking bliebe grundsätzlich erlaubt.

Ausblick

Selbst wenn das aktuelle Gesetzgebungsverfahren in Orientierung am Koalitionsvertrag bereits deutliche Restriktionen für Fracking und den Ausschluss von Schiefergesteinsfracking vorsieht, unterbleibt dabei leider eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Abbau endlicher, fossiler Energieressourcen. Zu kurz kommen etwa Aspekte der Raumordnung sowie das Staatsziel Umweltschutz, Art. 20a GG, die Behandlung heute nicht beherrschbarer bzw. vorhersehbarer Folgewirkungen sowie eine umfassende Überarbeitung des Bergrechts, das heute ein allgemeines Interesse an Ressourcenförderung unterstellt. Die auch über das heutige Gesetzesvorhaben hinausgehende politische Herausforderung liegt somit darin, den Verbrauch fossiler Energieressourcen insgesamt mit den über die vergangenen Jahrzehnte gewachsenen Nachhaltigkeits- und Energiewendezielen zu überwinden – auch Braunkohleabbau und -verstromung betreffend.

Aktivitäten

Einblick in die verschiedenen Aktivitäten sowohl im Wahlkreis, bei Kolleginnen und Kollegen, aber auch im Ausland bieten die Berichte auf meiner Homepage. Dort sind zudem Positionen und Reden abrufbar:

<http://www.nina-scheer.de>

Termine – Oktober bis Dezember 2015

(Auswahl & unter Vorbehalt)

Mittwoch, 21. Oktober 2015, 18.30 Uhr

Nina Scheer & die JUSOs laden ein:

Chancen ergreifen, Zukunft gestalten: *Jugend und Politik*

Schröders Hotel, Compestraße 6, 21493 Schwarzenbek

Dienstag, 17. November 2015, 19.00 Uhr

Nina Scheer lädt ein:

Kreisübergreifene Ortsvereinsrunde

Schröders Hotel, Compestraße 6, 21493 Schwarzenbek

Auch eine Einladung zum vorweihnachtlichen Zusammensein wird folgen.

Dr. Nina Scheer • Mitglied des Deutschen Bundestages

nina.scheer@bundestag.de • www.nina-scheer.de

Berliner Büro • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Tel.: 030 227 73537 • Fax: 030 227 76539

Wahlkreisbüro Ahrensburg • Manhagener Allee 17 • 22926 Ahrensburg

Tel.: 04102 6916011

Wahlkreisbüro Geesthacht • Markt 17 • 21502 Geesthacht

Tel.: 04152 8054740

V. i. S. d. P.: Dr. Nina Scheer • Markt 17 • 21502 Geesthacht



Foto: Bundesverband WindEnergie e.V./Lars Veißer



Foto: VDMA



Foto: Günther Heitmann